



Antrag

der Fraktion der FDP

Nach der Stadtbild-Diskussion: Es braucht geeignete Lösungen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag nimmt die Sorgen vieler Bürgerinnen und Bürger um die öffentliche Sicherheit sowie negative Veränderungen im öffentlichen Raum vieler Kommunen ernst und spricht sich für geeignete politische Lösungen aus. Es ist ein ernsthaftes Problem, dass das Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum bei vielen Menschen in den letzten Jahren abgenommen hat. Dies liegt nicht nur an subjektiven Eindrücken, sondern stützt sich auch auf objektive Fakten wie die Kriminalitätsstatistiken. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich unabhängig von ihrem Alter, ihrem Geschlecht, ihrer Religionszugehörigkeit, ihrer sexuellen Identität oder ihrer ethnischen Herkunft zu jeder Tageszeit im öffentlichen Raum frei bewegen und sicher fühlen können.

Vor diesem Hintergrund spricht sich der Landtag für folgende Maßnahmen aus:

1. Stärkung des Rechtsstaates und der öffentlichen Sicherheit

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, in ihrer Zuständigkeit und auf Bundesebene auf folgende sicherheitspolitische Maßnahmen hinzuwirken:

- Die personelle und technische Ausstattung von Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten in Schleswig-Holstein ist weiter zu verbessern, um eine effektive Bekämpfung von Kriminalität zu gewährleisten und Bürgerrechte bestmöglich zu schützen. Gerade in größeren Städten und Kommunen muss die personelle Ausstattung so gestaltet sein, dass die Polizei auch optisch im Stadtbild Präsenz zeigen kann.

- Der Aufbau der zweiten festen Einsatzhundertschaft ist konsequent voranzutreiben. Dabei ist zu prüfen, inwieweit sich die bis 2027 geplante personelle Aufstockung schon früher umsetzen lässt.

2. Mehr Anstrengungen bei der Integration

Die Integration von zugewanderten Menschen in unsere Gesellschaft muss von den zuständigen staatlichen Stellen viel stärker eingefordert werden. Sie muss jedoch auch von Seiten des Staates verstärkt werden. Dies gilt vor allem für den Spracherwerb, die Vermittlung der Werte unseres Grundgesetzes und die Integration in den Arbeitsmarkt. Die beschlossenen und geplanten Kürzungen beim DaZ-Unterricht, das Absenken der Unterrichtsversorgung und der Lehrerstellenabbau bei der Beruflichen Bildung sind absolut kontraproduktiv und müssen deshalb korrigiert werden.

3. Konsequente Steuerung der Migration

Der Landtag stellt fest, dass Schleswig-Holstein weiterhin im hohen Maße auf qualifizierte Zuwanderung angewiesen ist. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen und sich auch auf Bundesebene für entsprechende Maßnahmen einzusetzen, die die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt vereinfachen und umgekehrt die Zuwanderung in unsere Sozialsysteme unterbinden. Dazu gehören alle Maßnahmen, die dazu beitragen, das geltende Aufenthaltsrecht konsequent durchzusetzen und Rückführungen vor allem von Straftätern und Gefährdern umzusetzen und zu beschleunigen. Wer sich in unsere Gesellschaft integriert, braucht eine faire und verlässliche Bleibeperspektive. Wer sich nicht in unsere Gesellschaft integrieren will, sollte unser Land auch tatsächlich wieder verlassen müssen.

4. Entwicklung des öffentlichen Raums in den Kommunen

Der Landtag stellt fest, dass die bauliche Weiterentwicklung des städtischen Raumes eine wichtige Rolle für ein attraktives Stadtbild und den Abbau von Angsträumen spielt. Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb dazu auf, sich nicht aus der Städtebauförderung zurückzuziehen, sondern diese im Gegenteil nachhaltig zu stärken. Darüber hinaus sind zusätzliche Förderungen für Maßnahmen zu prüfen, mit denen Angsträume, Verschmutzung und Verwahrlosung im innerstädtischen Bereich vermieden werden können. Eine wichtige Rolle spielen dabei neben Parks und öffentlichen Plätzen auch die Bahnhöfe. Der Landtag spricht sich auch dafür aus, geeignete Maßnahmen gegen die Obdachlosigkeit von Menschen und den Drogenmissbrauch im öffentlichen Raum zu unterstützen.

5. Sozialmissbrauch konsequent unterbinden

Unser Sozialstaat ist von elementarer Bedeutung für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und dafür geschaffen worden, in Not geratenen Menschen in angemessener Form zu helfen und sie nach Möglichkeit dazu zu befähigen, schnellstmöglich für den eigenen Lebensunterhalt sorgen zu können. Wer zu Unrecht Sozialleistungen bezieht, schadet der Solidargemeinschaft und muss mit Konsequenzen rechnen. Wer sich zum Beispiel verweigert, eine zumutbare Arbeit aufzunehmen, sollte mit Leistungskürzungen rechnen müssen. Der Landtag spricht sich zudem dafür aus, den Kommunen mehr Maßnahmen zur Unterbindung von Sozialmissbrauch zu ermöglichen, was beispielsweise auch die Möglichkeit eines Melde-Stopps sowie die behördliche Überprüfung von Immobilien umfasst, bei denen der Verdacht besteht, dass sie als Meldeadressen für Sozialmissbrauch genutzt werden. Zudem braucht es den Auf- und Ausbau nationaler Datenregister, um unter anderem Melde-, Miet- und Leistungsdaten abgleichen und auf diese Weise Sozialmissbrauch vermeiden zu können.

Christopher Vogt

und Fraktion